

Studien zum
Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

194

Sait Dogan

Der stille Kommanditist in der Publikums-KG

Die Dogmatik der qualifizierten Treuhand,
ihr Haftungsregime und Auskunftsansprüche



Nomos

Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb

Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Christoph Kumpan, LL.M. (Univ. of Chicago)

Prof. Dr. Adam Sagan, MJur (Oxon)

Begründet von

Prof. Dr. Klaus J. Hopt

Prof. Dr. Manfred Lieb

Prof. Dr. Harm Peter Westermann

Band 194

Sait Dogan

Der stille Kommanditist in der Publikums-KG

Die Dogmatik der qualifizierten Treuhand,
ihr Haftungsregime und Auskunftsansprüche



Nomos

The book processing charge was funded by the Baden-Württemberg Ministry of Science, Research and Arts in the funding programme Open Access Publishing and the University of Freiburg.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Freiburg, Univ., Diss., 2021

1. Auflage 2021

© Sait Dogan

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8381-6

ISBN (ePDF): 978-3-7489-2771-6

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748927716>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Wintersemester 2020/2021 als Dissertation angenommen. Sie befindet sich auf dem Stand Ende 2020.

Mein aufrichtiger Dank gebührt zuallererst meinem verehrten Doktorvater, Herrn Professor Dr. Jan Lieder, LL.M., der die Entstehung dieser Arbeit durch sein uneingeschränktes Vertrauen und seine hervorragende Unterstützung erst ermöglicht hat. Er war mir ein exzellenter Betreuer und wertvoller Gesprächspartner, der mich in meinem selbst gewählten Promotionsvorhaben vom ersten Tag an bestärkt und durch Anregungen in die richtige Richtung gelenkt hat. Ich danke ihm auch für die äußerst schnelle Anfertigung des Erstgutachtens.

Danken möchte ich zudem Herrn Professor Dr. Hanno Merkt, LL.M. für die ebenfalls außerordentlich zügige Zweitbegutachtung.

Der Herausgeberin und den Herausgebern, Frau Professorin Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb, Herr Professor Dr. Mathias Habersack, Herr Professor Dr. Christoph Kumpan, LL.M. und Herr Professor Dr. Adam Sagan, MJur, danke ich für die Aufnahme dieser Arbeit in ihre Schriftenreihe „Studien zum Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht“.

Mein Dank gilt ferner dem baden-württembergischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg für die vollständige Finanzierung der Publikationsgebühren.

Deniz Dogan, M.Sc., Lukas Gerhardinger, Johannes Hagmann, LL.M., Mag. Michael Kern, B.A., LL.M. und Tom-Patric Kimmel danke ich für die sorgfältige und kritische Durchsicht des Manuskripts und viele konstruktive Diskussionen.

Ganz besonders bedanke ich mich bei meiner Partnerin, Anja Renz, für ihre großartige und bedingungslose Unterstützung während meiner Studien- und Promotionszeit. Sie hat sich zugunsten meiner Ausbildung unaufhörlich in Geduld gefasst und ihre eigenen Ansprüche zurückgestellt.

Schließlich möchte ich meiner Familie von ganzem Herzen danken. Seit jeher geben sie mir die Kraft und das Selbstvertrauen für meinen Lebensweg. Dieser Dank gilt vor allem meinen Eltern, Monika und Besir Dogan. Sie haben die ideellen und finanziellen Voraussetzungen für meinen Erfolg geschaffen. Ihre unentwegte Fürsorge und liebevolle Unterstützung ist

Vorwort

die Grundlage für meine persönliche und berufliche Entwicklung. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Düsseldorf, im Juni 2021

Sait Dogan

Inhaltsübersicht

Einleitung	23
§ 1. Untersuchungsgegenstand und Gang der Darstellung	23
§ 2. Erscheinungsformen der Treuhand	26
§ 3. Weitere wichtige Begrifflichkeiten	33
§ 4. Forschungsstand	40
Kapitel 1: Die Natur der Treuhand im deutschen Recht	44
§ 5. Einführung	44
§ 6. Die frühe Reichsgerichtsrechtsprechung	45
§ 7. Die Verdinglichungsdoktrin der neueren Rechtsprechung	51
§ 8. Modelle eines besonderen Treuhandinnenrechts im Schrifttum	63
§ 9. Das richtige Treuhandverständnis	71
§ 10. Zusammenfassung	80
Kapitel 2: Grundlagen zum Untersuchungsgegenstand	82
§ 11. Einführung	82
§ 12. Die Publikums-KG	83
§ 13. Motive für das Treuhandmodell	93
§ 14. Abstrakte Gestaltungsmöglichkeiten wirtschaftlicher Beteiligungen	102
§ 15. Die qualifizierte Treuhand und andere Beteiligungsformen	112
§ 16. Die materiell-rechtliche Wirkungsweise von § 152 Abs. 1 S. 3 KAGB	130
§ 17. Rechtsstatsachenbetrachtung der kautelarjuristischen Praxis	143
§ 18. Zusammenfassung	149
Kapitel 3: Dogmatik und Anwendungsprobleme der qualifizierten Treuhand am Gesellschaftsanteil	152
§ 19. Einführung	152

Inhaltsübersicht

§ 20. Die Dogmatik in der Rechtsprechung	153
§ 21. Die Dogmatik in der Literatur	162
§ 22. Rechtfertigung der Figur des stillen Kommanditisten	175
§ 23. Die Außenhaftung des stillen Kommanditisten	237
§ 24. Aufrechnung gegen Ansprüche aus dem Freistellungsverhältnis	255
§ 25. Auskunftsansprüche über die Identität des stillen Kommanditisten	285
Schlussteil: Thesen dieser Arbeit	318
§ 26. De lege lata	318
§ 27. De lege ferenda	324
Literaturverzeichnis	327

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	23
§ 1. Untersuchungsgegenstand und Gang der Darstellung	23
§ 2. Erscheinungsformen der Treuhand	26
I. Echte und unechte Treuhand	27
II. Verwaltungs-, Sicherungs- und Nutzungstreuhand	29
III. Erwerbstreuhand, Übertragungstreuhand und Vereinbarungstreuhand	31
§ 3. Weitere wichtige Begrifflichkeiten	33
I. Kупierte Publikums-KG	33
II. Offene und qualifizierte Treuhand	35
III. Verbandsverhältnis	37
IV. Stiller Kommanditist	38
§ 4. Forschungsstand	40
Kapitel 1: Die Natur der Treuhand im deutschen Recht	44
§ 5. Einführung	44
§ 6. Die frühe Reichsgerichtsrechtsprechung	45
I. Materielle Gerechtigkeit als Treuhandkorrektiv	45
1. Treugeberschutz nach der Gefahrtragungsthese (Art. 368 Abs. 2 ADHGB analog)	46
2. Kein Schutz bloßer Verschaffungsansprüche	46
II. Das Unmittelbarkeitsprinzip	47
1. Keine Analogie zu § 392 Abs. 2 HGB	47
2. Anschließende Relativierung	48
a) Unmittelbarkeitsprinzip	48
b) Surrogationsverbot	49
III. Schlussfolgerung	50
§ 7. Die Verdinglichungsdoktrin der neueren Rechtsprechung	51
I. Das Treuhandkonto	51
II. Vermeintliches Grundurteil aus dem Jahr 1953	52
III. Der Beginn des Verdinglichungsdiktums	53
1. Erste Fehlinterpretation	54

Inhaltsverzeichnis

2. Zweite Fehlinterpretation	54
3. Keine Grundlage für die Verdinglichungsdoktrin in RGZ 127, 341 und 153, 366	55
4. Letztliche Folge beider Fehlinterpretationen	56
IV. Die Verfestigung des Verdinglichungsdiktums	57
1. BGH NJW 1971, 559	57
2. BGH NJW-RR 1993, 301	58
V. Zwischenergebnis zum prozessualen Vollstreckungsrecht	58
VI. Einwendungs- und Aufrechnungsfragen	59
VII. Abschließende Bewertung	61
§ 8. Modelle eines besonderen Treuhänderrechts im Schrifttum	63
I. Interessenwahrnehmungspflicht strictu sensu	64
II. Die Treuhand als atypischer Gesellschaftsvertrag	65
III. Die Treuhand als allgemeine Form der Geschäftsbesorgung	66
IV. Stellungnahme	67
1. Systematische Bedenken gegen Grundmanns Ansatz	67
2. Typologische Bedenken gegen Geibels Ansatz	68
3. Historische Bedenken gegen Löhnigs Ansatz	70
§ 9. Das richtige Treuhandverständnis	71
I. Die Treuhand als Haftungszuordnungsregime	71
1. Kein „Treuhandvertrag“	71
2. Rückbeschränkung der Treuhandproblematik auf Zwangsvollstreckungsfragen	73
II. Exkurs: Haftungszuordnung in der Zwangsvollstreckung	74
1. Unmittelbarkeit	74
2. Offenkundigkeit	75
3. Bestimmtheit	76
4. Rechtliche Gefahrtragung	77
5. Stellungnahme	78
§ 10. Zusammenfassung	80
Kapitel 2: Grundlagen zum Untersuchungsgegenstand	82
§ 11. Einführung	82

§ 12. Die Publikums-KG	83
I. Die Kommanditgesellschaft als Rechtsträgerin des Anlagevermögens	84
1. Steuerliche Gründe	84
a) Umgehung der gewerblichen Einkunftsart	84
b) Verlustabzugsmöglichkeit bei der Anlegerbesteuerung	85
2. Gestaltungsfreiheit	86
II. Die aufsichtsrechtliche geschlossene Publikums-Investment-KG	87
1. Keine bloße Unternehmensfinanzierung	87
2. Kapitalanlagerechtliche Organisationsformen	88
3. Offene und geschlossene Investmentgesellschaft	89
4. Restanwendungsbereich für die Alt-Publikums-KG	90
III. Gründe für die Wahl des GmbH & Co.-Modells	91
IV. Kupierung durch Sammeltreuhand	92
§ 13. Motive für das Treuhandmodell	93
I. Vereinfachung und Kostenersparnis	93
1. Beitritt, Austritt und Anlegerwechsel	93
2. Willensbildungsprozesse	94
II. Anonymität der Anleger	95
III. Anlegerschutz	96
1. Anlegerpartizipation	97
2. Konfliktbewältigung	98
IV. Steuervorteilzweck	99
V. Haftungsrisikoverringering	99
1. Haftungssituation bei direkter Kommanditbeteiligung	100
2. Wirtschaftliche statt rechtliche Außenhaftung	100
3. Keine Anwendbarkeit von § 176 Abs. 2 HGB	101
§ 14. Abstrakte Gestaltungsmöglichkeiten wirtschaftlicher Beteiligungen	102
I. Derivativer oder originärer Erwerb der Gesellschafterrechte	103
II. Schuldrechtliche oder organisationsrechtliche Berechtigung	104
1. Aufhebung und Änderung von Rechten	104
2. Treuepflichten	105
3. Rechtswirkung	106

Inhaltsverzeichnis

III. Schuldrechtliche Annäherung oder mitgliedschaftliche Einbeziehung	107
1. Schuldrechtliche Annäherung, das heißt virtuelle Sachabbildung	107
2. Gestaltungsmöglichkeiten einer Einbeziehung in die Treuhandmitgliedschaft	108
a) Einbeziehung ohne Rechts- und Pflichtenbeziehung zur Hauptgesellschaft	109
b) Einbeziehung mit Rechts- und Pflichtenbeziehung zur Hauptgesellschaft	109
3. Gestaltungsmöglichkeiten einer Einbeziehung in die Hauptgesellschaft	110
§ 15. Die qualifizierte Treuhand und andere Beteiligungsformen	112
I. Unmittelbare Beteiligung und qualifizierte Treuhand	112
1. Unmittelbare Beteiligung	112
2. Vergleich zur qualifizierten Treuhand	113
II. Stille Gesellschaft und qualifizierte Treuhand	115
1. Typische stille Gesellschaft	115
2. Mehrgliedrige stille Gesellschaft	116
3. Vergleich zur qualifizierten Treuhand	118
a) Mitgliedschaftliche Einbeziehung	118
b) Dingliche Teilhabe am Gesellschaftsvermögen	119
c) Wirtschaftliche Beteiligung	120
III. Unterbeteiligung und qualifizierte Treuhand	121
1. Typische Unterbeteiligung	121
2. Atypische Formen	122
3. Vergleich zur qualifizierten Treuhand	122
a) Mitgliedschaftliche Einbeziehung	123
b) Dingliche Teilhabe am Gesellschaftsvermögen	123
c) Wirtschaftliche Beteiligung	124
d) Der kombinatorische Ansatz der Rechtsprechung	124
IV. Nießbrauch am Gesellschaftsanteil und qualifizierte Treuhand	125
1. Nießbrauch am Gesellschaftsanteil	126
a) Abgrenzung zum Nießbrauch am Unternehmen	126
b) Nießbrauch-Treuhand und echter Nießbrauch	126
c) Stimmrechtsübertragung	128
2. Vergleich zur qualifizierten Treuhand	128
a) Mitgliedschaftliche Einbeziehung und Teilhabe am Gesellschaftsvermögen	128

b) Wirtschaftliche Beteiligung	129
§ 16. Die materiell-rechtliche Wirkungsweise von § 152 Abs. 1 S. 3 KAGB	130
I. Das Sonderrecht der Publikumspersonengesellschaften	132
1. Objektivierete Auslegung	132
2. Inhaltskontrolle	133
a) Ablehnende Ansicht	133
b) Stellungnahme	134
3. Anwendung auf Treuhandverträge	136
II. Übertragung der Erkenntnisse auf die Publikums- Investment-KG	137
1. Grammatikalische Auslegung	137
2. Systematische Auslegung	138
3. Historische Auslegung	138
4. Teleologische Auslegung	138
III. § 152 Abs. 1 S. 3 KAGB als programmatische Schutzvorschrift	139
1. Vorab: Rechtsnatur	140
2. Keine Fiktionswirkung	140
a) Privatrechtliche Verwirklichung des Schutzzecks	141
b) Öffentlich-rechtliche Verwirklichung des Schutzzwecks	142
3. Fazit	143
§ 17. Rechtsstatsachenbetrachtung der kautelarjuristischen Praxis	143
I. Beitritt durch Erwerbstreuhand	144
II. Wahl- und Wechseloptionen	146
III. Die Gleichstellung nach § 152 Abs. 1 S. 3 KAGB	147
1. Noch einmal: Die Gestaltungsmöglichkeiten qualifiziert treuhänderischer Beteiligung	148
2. Erkenntnis	148
§ 18. Zusammenfassung	149
Kapitel 3: Dogmatik und Anwendungsprobleme der qualifizierten Treuhand am Gesellschaftsanteil	152
§ 19. Einführung	152
§ 20. Die Dogmatik in der Rechtsprechung	153
I. Vertragsfreiheit im Innenverhältnis	153
II. Vertragliche Eingliederung in die Gesellschaft	155

Inhaltsverzeichnis

III. Durch gesellschaftsrechtliche Bindungen überlagerte Treuhandbeziehung	155
1. Insbesondere BGHZ 196, 131	156
2. Zuletzt BGHZ 217, 237	157
a) Abstrakt: Die Voraussetzungen der qualifizierten Treuhand	158
b) Quasi-Gesellschafterstellung trotz derivativ-schuldrechtlicher Berechtigung	159
IV. Kein Verstoß gegen das Abspaltungsverbot	159
1. Die Zustimmung im Gesellschaftsvertrag als unzureichende Begründung	160
2. Entscheidend: die Richtigkeitsgewähr durch Selbstbetroffenheit	160
V. Zusammenfassung	161
§ 21. Die Dogmatik in der Literatur	162
I. Schuldrechtliche Gleichstellungen	162
1. Ohne Mitgliedschaftsrechte	162
2. Mit Mitgliedschaftsrechten	164
II. Einbeziehungen in die Mitgliedschaft	164
1. Doppelzuständigkeit am Gesellschaftsanteil	164
2. Erweiterte Einzelzuordnung	166
a) Keine umfassende Zuordnungs- und Zurechnungseinheit	166
b) Partielle Erweiterung des Rechts- und Pflichtengefüges	167
3. Innen-KG im Innenverband	168
III. Einbeziehungen in die Hauptgesellschaft	170
1. Außengesellschafterstellung	170
2. Umfassende Berechtigung sui generis	172
3. Echte Gesellschafterstellung im Innenverhältnis	174
IV. Zusammenfassung	175
§ 22. Rechtfertigung der Figur des stillen Kommanditisten	175
I. Kritik an den bisherigen Theorien	176
1. Kritik an schuldrechtlichen Gleichstellungen	177
2. Kritik an Einbeziehungen in die Mitgliedschaft	178
a) Keine dingliche Wirkung der Treuhand	179
b) Unvereinbarkeit mit der Natur der Mitgliedschaft und Kernbereichslehre i.w.S.	180
c) Insbesondere keine Innen-KG im Innenverband	181

3. Kritik an Einbeziehungen in die Hauptgesellschaft	183
a) Keine Außengesellschafterstellung	184
b) Keine Quasi-Mitgliedschaft	185
c) Der richtige Ansatz: echte Innengesellschafterstellung	186
II. Darstellung der Rechtsfigur und historische Vorläufer	187
1. Trennung von Innen- und Außenverhältnis	188
2. Frühere Formen des stillen Kommanditisten	189
a) Die Collegantia und Wedderlegginge	190
b) Der stille Kommanditist im preußischen ALR	192
c) Der Stille Kommanditist im österreichischen ABGB	193
d) Aufnahme in den ersten Entwurf für ein ADHGB	195
e) Das zeitgenössische Für und Wider einer Namenspublikation	196
f) Kritik	197
3. Die wichtigsten Erkenntnisse	199
III. Gründe für das heute umstrittene Verständnis von der Innengesellschaft	199
1. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts und Societas Romana	200
2. Begründung von Rechtssubjektivität über Verbandsqualität	201
IV. Das Verbandsrecht als allgemeines Gesellschaftsrecht	203
1. Den Innenverband anerkennende Stimmen	203
a) Unbedingter Innenverband	203
b) Bedingter Innenverband	205
c) Fazit	205
2. Der Verband als Willensorganismus mit Zweckverfolgung und Förderpflicht	206
3. Konsequenzen der Verbandsstruktur	207
4. Rechtfertigung	208
a) Der Innenverband als Rechtswirklichkeit	208
b) Verbandsein bedeutet nicht zwingend Rechtssubjektsein	210
c) Der Gesellschaftswille als hinreichende Verbandsvoraussetzung	211
V. Prinzipien des Personengesellschaftsrechts	216
1. Mitgliedschaftliche Rechte und Pflichten zugunsten eines Dritten?	216

Inhaltsverzeichnis

2. Typenzwang?	217
a) Sinn und Zweck eines Typenzwangs	218
b) Vereinbarkeit des stillen Kommanditisten	221
c) Grenze der Typenkonformität	224
d) Exkurs: Rechtspolitische Verfehlung des § 176 HGB	224
3. Materielle Rechtfertigung	226
a) Verbandssouveränität	226
b) Prinzip der Selbstorganschaft	227
c) Hinreichende Selbstbetroffenheit	230
VI. Dingliche Rechtsverhältnisse und anwendbare Rechtsnormen	234
VII. Zusammenfassung	236
§ 23. Die Außenhaftung des stillen Kommanditisten	237
I. Die Ansicht der Rechtsprechung	238
1. Typenzwang im Außenverhältnis	238
2. Keine (doppelte) Analogie zu Haftungsnormen	239
3. Das Dogma der wirtschaftlichen Außenhaftung	240
4. Direkte Außenhaftung nach Abtretung des Freistellungsanspruchs	241
II. Die Ansicht der Literatur	242
1. Außenhaftung des qualifizierten Treugebers	242
a) Rechtliche Außenhaftung aus der Natur der Sache	242
b) Kehrseite der Gesellschaftergleichstellung	244
c) Kehrseite des wirtschaftlichen Interesses	245
2. Bloß wirtschaftliche Außenhaftung	245
III. Stellungnahme	247
1. Hinreichende Wahrung von Gläubigerinteressen	247
2. Die richtige Vertragsauslegung	249
a) Kein erkennbarer Wille zur Außenhaftung	249
b) Auslegung nach Treu und Glauben	250
3. Keine zwingende Korrelation zwischen Einwirkungsmacht und Haftung	251
4. Keine zwingende Korrelation zwischen wirtschaftlichem Interesse und Haftung	253
IV. Zusammenfassung	254

§ 24. Aufrechnung gegen Ansprüche aus dem Freistellungsverhältnis	255
I. Die Ansicht der Rechtsprechung	256
1. Einwendungen des Anlegers gegen eine Inanspruchnahme	256
2. Aufrechnung gegen den Insolvenzverwalter der Gesellschaft	257
3. Aufrechnung gegen Treuhandkommanditisten und Gesellschaftsgläubiger	258
4. Keine analoge Anwendung von § 129 HGB	260
II. Die Ansicht der Literatur	261
1. Befürwortende Stimmen	261
2. Insbesondere: Anwendung des Rechtsgedankens aus § 129 Abs. 1 HGB	263
3. Ablehnende Stimmen	264
III. Stellungnahme	266
1. Richtige Interpretation des Freistellungsziels	267
a) Erfordernis gewichtiger Anhaltspunkte	268
b) Keine Berücksichtigung von Gläubigerinteressen	268
c) Achtung des Grundsatzes der Relativität der Schuldverhältnisse	270
2. Kein Ausschluss nach Treu und Glauben	270
a) Keine Quasi-Außenhaftung	271
b) Keine Schutzbedürftigkeit der Gesellschaftsgläubiger	272
c) Widersprüchlichkeit	273
d) Unverhältnismäßigkeit	274
3. Insbesondere: Unvereinbarkeit mit § 309 Nr. 3 BGB	275
a) Unmittelbare Anwendbarkeit der §§ 305 ff. BGB	275
b) Verstoß	276
4. Insbesondere: Unvereinbarkeit mit den Wertungen des KAGB	277
a) Anlegerschutz als Gesetzeszweck	277
b) Analoge Anwendung von § 152 Abs. 6 KAGB auf den Treugeber	278
c) Durchschlag auf die Aufrechnungsproblematik	280
5. Sonderfall: Insolvenzverfahren	280
a) Entsprechende Anwendung von §§ 171 Abs. 1 Hs. 2, Abs. 2 HGB	281
b) Ausnahmsweiser Aufrechnungsausschluss?	282
IV. Zusammenfassung	284

Inhaltsverzeichnis

§ 25. Auskunftsansprüche über die Identität des stillen Kommanditisten	285
I. Die Ansicht der Rechtsprechung	286
1. Recht auf Kenntnis seines Vertragspartners als natürliches Recht	286
a) Grundrecht auf Kenntnis seiner Mitanleger	286
b) Kein Recht auf Anonymität	287
c) Keine Wertungsanalogie zu § 67 Abs. 6 AktG	288
2. Informationsansprüche bei konstruierbarer Treugeber-Innen-GbR	288
3. Transparenz aus der Natur der Beteiligung	289
II. Die Ansicht der Literatur	291
1. Befürwortende Stimmen	291
2. Kritische Stimmen	292
a) Privatautonomie	292
b) Im Regelfall keine (zusätzliche) Vertragsbeziehung zu Mitanlegern	293
c) Kein berechtigtes Interesse uneingeschränkter Information	294
d) Datenschutzrechtliche Einwände	296
III. Stellungnahme	297
1. Die richtige Anspruchsgrundlage	297
a) § 716 Abs. 1, beziehungsweise § 118 Abs. 1 HGB	298
b) Besonderheit in der Kommanditgesellschaft (§ 166 HGB)	299
c) § 713 BGB in Verbindung mit § 666 BGB	300
d) Ungeschriebenes Recht sui generis	301
2. Ausgangspunkt: Recht auf Anonymität	302
3. Bestätigung durch aktienrechtliche Wertungen	304
a) Ratio des § 67 Abs. 6 AktG	304
b) Übertragung auf die Publikumpersonengesellschaft	305
4. Keine Erforderlichkeit	307
a) Mildere Mittel	308
b) Insbesondere: Das Anlegerforum	308
5. Datenschutzrechtliche Unzulässigkeit	309
a) Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO (Erforderlichkeit zur Vertragserfüllung)	309
b) Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO (allgemeines berechtigtes Interesse)	311

6. Nur Anlassbezogenes Auskunftsrecht	312
a) Maßstab	312
b) Beispiel: Innenregressanspruch nach BGHZ 207, 54	313
7. Die Relevanz der zusätzlichen Innen-GbR	315
IV. Zusammenfassung	316
Schlussteil: Thesen dieser Arbeit	318
§ 26. De lege lata	318
I. Zur Treuhand im deutschen Recht	318
II. Zum Untersuchungsgegenstand	318
III. Zur Rechtsnatur der qualifizierten Treuhand – zugleich Herleitung der Figur des stillen Kommanditisten	320
IV. Zur Haftung des stillen Kommanditisten	321
V. Zur Aufrechnungsmöglichkeit des stillen Kommanditisten	322
VI. Zum Auskunftsanspruch	323
§ 27. De lege ferenda	324
I. Allgemeines	324
II. Vorschlag für die Kodifizierung der stillen Kommanditbeteiligung	325
Literaturverzeichnis	327

